

29. Juni 2010

Krebsgesellschaft warnt vor Stigmatisierung der Betroffenen Arzneimittelkosten: Forderung nach ehrlicher Sachdiskussion zur Kosten- Nutzen-Bewertung mit sinnvollen Instrumenten

Berlin. Teure, innovative Medikamente gegen Krebs seien die Kostentreiber bei den Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung, heißt es im aktuellen Arzneimittelreport von Deutschlands größter Krankenkasse, Barmer GEK. Um auf diese Kostenexplosion zu reagieren, wurde heute Vormittag in Berlin das Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes in der gesetzlichen Krankenversicherung (AMNOG) vom Bundeskabinett beschlossen. Im Mittelpunkt des Gesetzes steht die Kosten-Nutzen-Bewertung neuer Arzneimittel.

„Der Gemeinsame Bundesausschuss (GBA) muss jetzt verantwortungsvoll in die Ausgestaltung des AMNOG gehen, um das Arzt-Patientenverhältnis nicht noch stärker zu belasten“, warnt Dr. Johannes Bruns, Generalsekretär der Deutschen Krebsgesellschaft. Bruns verweist darauf, dass Krebspatienten aktuell das Stigma der Kostentreiber im Gesundheitssystem anhaften würde. „Krebspatienten sind gerade in der sensiblen Phase der Therapieentscheidung auf vielfältige Art stark belastet. Der derzeitige öffentliche Druck der Kosten-Nutzen-Diskussion macht die an sich schon schwierige Entscheidung für die Patienten nicht einfacher“, weiß auch Prof. Joachim Weis, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Psychoonkologie in der Deutschen Krebsgesellschaft. Weis fordert zum Schutz der Patienten deshalb auch eine rigorose Trennung in der Diskussion zwischen Preisgestaltung der Medikamente und der Situation der betroffenen Patienten selbst. Aus diesem Grund will Bruns, dass die Diskussion um den Nutzen moderner Arzneimittel endlich ehrlich geführt wird: „Es muss geklärt sein, wie das Nutzenmaß für diese Medikamente aussehen soll. Hier wären für mehr Transparenz konkrete Zeitmaße sinnvoll“. Bruns verlangt deshalb vom GBA, dass der Patient im Mittelpunkt der Entscheidung stehe müsse, Der Staat habe schließlich eine Fürsorgepflicht für die gesetzlich Versicherten.

Er fordert zudem weitere Nachbesserungen im bisherigen Gesetzesentwurf, um diesen Nutzen unabhängig und versorgungsnah darstellen zu können. „In der Onkologie war es selten ein einziges Medikament, das neue Therapieerfolge brachte, sondern stets die Kombination verschiedener Therapien und deren Reihenfolge“, weiß der Generalsekretär. Genau hier seien bislang im AMNOG wichtige Instrumente wie „Clearinghouse“ und „wissenschaftsinitiierte klinische Studien“ nicht vorgesehen, sondern ausgerechnet ein Nutznachweis durch die Industrie. „Die letzten Jahre haben uns gezeigt, dass zum Zeitpunkt der Zulassung selten das vollständige Wirkungspotential eines Medikamentes bereits dargestellt wurde“, so Bruns. Er fordert einen herstellerunabhängigen Nachweis, der verlässliche Aussagen über den Therapieerfolg unter alltäglichen Versorgungsbedingungen über einen längeren Zeitraum ermöglicht. „Wir sollten uns jetzt auf die Entwicklung solcher Instrumente zur Nutzendarstellung konzentrieren und uns um eine sachliche Diskussion bemühen, so dass Ärzte und Patienten eine medizinisch sinnvolle Therapieentscheidung treffen können, ohne durch die Diskussion um die Preisgestaltung einzelner Arzneimittel belastet zu werden. Die Preisgestaltung ist Aufgabe von Kostenträgern und Herstellern“, erklärt Bruns und sieht den GBA nun in der Pflicht.

Hintergrundinformationen erhalten Sie unter:

www.krebsgesellschaft.de

André Franck

Pressestelle der Deutschen Krebsgesellschaft e.V.

Tel.: (03643) 743749; Fax: (03643) 743536

E-mail: presse@krebsgesellschaft.de

Internet: <http://www.krebsgesellschaft.de>

DKG 

KREBSGESELLSCHAFT

Pressestelle

Telefon:

+49 (3643) 74 37 49

Telefax:

+49 (3643) 74 35 36

e-Mail:

presse@krebsgesellschaft.de

URL:

www.krebsgesellschaft.de

Presse-
information

DURCH WISSEN ZUM LEBEN